



## **SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Altenbeken**

SPD-Fraktion Altenbeken; Cheruskerstr. 36; 33184 Altenbeken

Altenbeken, den 20.02.2024

### **Rede zum Haushaltsentwurf 2024 der Gemeinde Altenbeken**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Möllers, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, sehr geehrte Damen und Herren von der Presse, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger!

Wer gedacht hat, dass die Jahre mit der Corona Pandemie und dem Beginn des Ukraine-Krieges die schwierigsten Jahre waren, konnte sich kaum vorstellen, dass es im Jahr 2023 noch schlimmer werden könnte. Aber heute wissen wir es besser. Der Ukraine-Krieg dauert weiterhin an und eine Lösung scheint nicht in Sicht. Dazu kam im Oktober noch der Krieg im Nahen Osten, bei dem aktuell ebenfalls keine Aussicht auf eine schnelle Lösung besteht. Darüber hinaus machen sich innenpolitische Themen, wie die unzureichenden Staatsfinanzen und die dadurch bedingten strukturellen Mängel sowie die dringend notwendige Klimawende bemerkbar. All diese Themen und der damit verbundene Umgang beschäftigt die Bürger\*innen und man vernimmt eine immer stärker werdende Unzufriedenheit in der Bevölkerung, welche sich bedauerlicherweise in dem kurzzeitig zunehmenden Zuspruch zur AFD äußert. In diesem Zusammenhang möchte sich die SPD bei allen im Rat vertretenen Fraktionen und dem Bürgermeister bedanken, dass gemeinsam ein Zeichen für Demokratie und Vielfalt gesetzt wurde. Mit unserer gemeinsamen Pressemitteilung Ende Januar haben wir klargestellt, dass Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus in Altenbeken keinen Platz haben.

All diese Themen beschäftigen uns. Und auch wenn der Wunsch nach Frieden und Versöhnung ein viel größeres und wichtigeres Thema ist als die Verabschiedung des Gemeindehaushaltes, so kommen wir nicht umhin, uns mit den Auswirkungen der Konflikte vor Ort zu beschäftigen. Sie sind unter anderem mit ursächlich für die hohe Inflation und die steigenden Zinsen, die auch die Gemeindefinanzen beeinflussen.

So sind wir in diesen schwierigen Zeiten umso mehr gefordert, einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden. Dieses ist alles andere als leicht. Eine drohende Haushaltssicherung kann für 2024 aufgrund der Ausgleichsrücklage aus dem Jahr 2022 noch verhindert werden. Ob uns dieses auch in den nächsten Jahren gelingen wird, kann nicht zuverlässig vorhergesagt werden. Bekanntermaßen sind seit Jahrzehnten die Kommunen in NRW unterfinanziert und zeitgleich laufen durch aktuelle Umstände viele Kosten aus dem Ruder.

## SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Altenbeken

Zuweisungskürzungen, steigende Zinslasten sowie aktuell explodierende Kosten für Energie-, Sach- und Personalaufwendungen betreffen nicht nur die Haushaltsplanung in Altenbeken. Die Aufwendungen für die Kommunen steigen unaufhörlich, ohne dass das Land sich ausreichend beteiligt. Hierzu gehört beispielsweise die Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen, wie auch die unüberschaubaren Aufwendungen für Klimaanpassungsmaßnahmen und Wärmeplanungen. Wir dürfen gespannt sein, in welchem Maße sich das Land an den Kosten für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an unseren Schulen ab 2026 beteiligen wird. Daher ist es zu begrüßen, dass unser Bürgermeister im September letzten Jahres einen Brandbrief des Städte- und Gemeindebundes NRW an Ministerpräsident Hendrik Wüst mitunterzeichnet hat, in dem eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen durch das Land dringend angemahnt wird.

Der Haushalt in Altenbeken wird zusätzlich durch die jährlich steigende Kreis- und Jugendamtsumlage belastet. Die Gesamtsumme beider Umlagen beträgt für 2024 über 8,35 Mio. €, was eine Steigerung von 1,59 Mio. € ausmacht. Somit verschlingt die Kreis- und Jugendamtsumlage ca. 75 % der gemeindlichen Steuereinnahmen, sofern die anteiligen Einkommen- u. Umsatzsteuern zu den Grund- und Gewerbesteuern hinzugerechnet werden. Rechnet man die Kosten der von Bund und Land auferlegten Pflichtaufgaben der Gemeinde hinzu, so wird es immer schwieriger, auch freiwillige Leistungen innerhalb der Gemeinde zu finanzieren.

Seit Jahren setzt sich die SPD dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger aufgrund steigender Preise nicht über Gebühr belastet werden. Das wird aber immer schwieriger, wenn der Kreis mit einer solchen Dynamik wie in diesem Jahr die Steuereinnahmen der Gemeinden vereinnahmt. Auch wenn für die CDU eine Steuererhöhung die einfachste Methode ist, Einnahmen zu generieren, kann es nicht das probate Mittel sein. Die SPD spricht sich vielmehr dafür aus, dass zukünftig das Augenmerk stärker auf das Sparen gelegt wird. Sparen bedeutet nicht, dass als erstes die freiwilligen Leistungen in den kommenden Jahren ins Visier genommen werden müssen, wie es bei der Einbringung des Haushaltes durch den Bürgermeister den Anschein hatte. Es müssen alle Ausgaben auf den Prüfstand gestellt und bewertet werden.

Der Bürgermeister hat im Vorwort des Haushaltsentwurfes 2024 mitgeteilt, dass es hierzu im Rathaus Konsolidierungsgespräche gegeben hat. Dass Maßnahmen erst gar nicht in den Haushalt aufgenommen und im investiven Bereich gestrichen oder zumindest bis auf weiteres in die Zukunft verschoben wurden. Hier stellt sich für die SPD schon die Frage, ob es in diesen prekären Zeiten nicht ratsam gewesen wäre, wenn bei diesen Gesprächen auch Vertreter aller Fraktionen teilgenommen hätten. So hätten sich ggfs. weitere bzw. andere Einsparpotentiale ergeben können.

## SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Altenbeken

Wir hätten schon gerne vor Einbringung des Haushaltsentwurfes gewusst, welche Maßnahmen und Investitionen dem Haushalt zum Opfer fallen oder in andere Jahre verschoben werden. Vielleicht sind andere Fraktionen darüber informiert worden, wir als SPD-Fraktion zumindest nicht. Wir finden das in den Zeiten, in denen die Bürgerinnen und Bürger viele Fragen in Richtung der Politik haben, nicht sehr förderlich. In diesen Zeiten muss die Transparenz noch höher gehalten werden als je zuvor. Aber wenn wir diese Infos als Ratsmitglieder schon nicht bekommen, wie sollen wir dann diese Transparenz schaffen?

Für die SPD-Fraktion ist die dringend erforderliche Einrichtung einer Stelle für die Schulsozialarbeit keine Einsparungsoption. Die Schulsozialarbeit ist eine der wichtigsten Stellen, die heutzutage benötigt wird und darf keinesfalls der prekären Finanzlage zum Opfer fallen. Wir fordern seitens der SPD, dass zumindest die Einrichtung einer halben Stelle für die Schulsozialarbeit mit dem neuen Schuljahr 2024/2025 erfolgt. Wir sind davon überzeugt, dass diese gut finanziert werden kann, wenn die ein oder andere Investition aus dem Haushalt gestrichen wird. Um diese Einsparpotentiale nicht nur in der Haushaltsrede zu benennen, haben wir dahingehend auch einen entsprechenden Antrag eingereicht. Somit ist dafür gesorgt, dass der Gemeinderat vor Verabschiedung des Haushaltes 2024 darüber abstimmen muss. Um welche Einsparpotentiale geht es hier konkret:

### Einsparvorschläge:

#### **1. Bau/Kauf von Übergangsheimen für Asylbewerber (IV16.0016 => 500.000 Euro)**

Es dürfte allgemein bekannt sein, dass zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge in der Gemeinde Altenbeken benötigt werden, was wir auch ausdrücklich unterstützen, aber dass die Verwaltung auf die Idee kommt, diese auf Gemeindekosten neu zu errichten, ist schon ziemlich irrwitzig. Vor ca. 7 Jahren sollten in Buke und Schwaney bis zu 4 Häuser durch die Gemeinde errichtet werden, um sich eine Möglichkeit offen zu halten, bei einem weiteren Anstieg an Flüchtlingen die vorgesehenen Wohnungen zu belegen. Dieses Vorhaben von SPD, B90/Die Grünen und ABA wurde seitens der CDU nicht unterstützt, um es höflich auszudrücken, obwohl zu diesem Zeitpunkt Darlehn zu 0 % Zinsen erhältlich waren. Ein zusätzlich inszeniertes Bürgerbegehren hat dazu geführt, dass diese Gebäude nicht gebaut wurden, da eine ausreichende Zahl an Bürgerinnen und Bürgern dem Bürgerbegehren gefolgt sind. Dass nun aber dieses Thema von einem Bürgermeister aus Reihen der CDU erneut aufgegriffen wird, ist schon sehr irritierend. Zum einen, weil wir aktuell Zinssätze für Darlehn zwischen 3 bis 4 % haben und zum anderen der Bürgerwille scheinbar ignoriert wird. Sollte das Bürgerbegehren von 2016 etwa gar nicht gegen die Sache an sich, sondern lediglich gegen den SPD-Vorschlag gerichtet gewesen sein? Wenn die Errichtung von neuen Unterkünften für notwendig erachtet wird, dann möge dieses durch private Investoren oder eine Immobilien-Genossenschaft finanziert werden.

## SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Altenbeken

Bzgl. der geplanten Übergangsheime möchten wir noch deutlich zum Ausdruck bringen, dass mehrere Übergangsheime für Asylbewerber an einem Standort kritisch zu sehen sind und einer schnellen Integration entgegenstehen. Aufgrund dessen fordern wir die Verwaltung auf, bei Investoren oder Immobilien-Genossenschaften darauf hinzuwirken, dass eine Dezentralisierung dieser Gebäude vorzusehen ist.

### 2. Abriss der Garagen (IV24.0003 anteilig => geschätzt 25.000 Euro)

Eine Notwendigkeit in die Investition des „Abrisses der Garagen am Ossensteg“ sehen wir derzeit nicht. Dieses würde erst dann zum Tragen kommen, wenn ein privater Investor / eine Immobilien-genossenschaft gefunden wurde, die die neuen Unterkünfte für Flüchtlinge errichten wird.

### 3. Umbau Bürgerbüro (IV23.0012 => 150.000 Euro)

Der Umbau des Bürgerbüros sollte erst mittelfristig erfolgen, da in der jetzigen Finanzsituation der Gemeinde ein Umbau durchaus für einige Jahre verschoben werden kann.

Die aus den drei benannten Investitionen einzusparenden Aufwendungen für Abschreibung und Zinsen würden unserer Einschätzung nach ein Einsparpotential von ca. 33.000 Euro/Jahr ergeben. Eine halbe Stelle für die Schulsozialarbeit wäre damit jährlich finanziert.

#### Berechnungsgrundlage:

<i>Gehalt Schulsozialarbeiter (S12):</i>	<i>52.000 €/Jahr</i>
<i>Lohnnebenkosten (ca. 26 %):</i>	<i>13.600 €/Jahr</i>
<i>Gesamtaufwand ganze Stelle:</i>	<i>65.600 €/Jahr</i>
<b><i>Gesamtaufwand ½ Stelle:</i></b>	<b><i>32.800 €/Jahr</i></b>

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass alle investiven Maßnahmen im Haushalt kritisch hinterfragt werden. Das ist auch ihr gutes Recht. Alle Investitionen, die nicht dem Klimaschutz zuzuordnen sind und/oder keinen zukunftsweisenden Zweck verfolgen, gehören in den Augen der SPD auf den Prüfstand.

Aufgrund dessen schlagen wir weitere Einsparungen vor:

#### Investitionen:

- IV21.0049 Mountainbikestrecke → komplett streichen (5.000 € einmalig in 2024)
- IV21.0053 Hundetoiletten → aussetzen bis 2027 (5.000 € jährlich)
- IV20.0025 E-Bike-Ladestationen → verschieben bis 2027 (10.000 € einmalig in 2025)

Darüber hinaus schlägt die SPD-Fraktion vor, dass die Investition zur Errichtung der Wohnmobilstellplätze (IV13.0010 → 100.000 €) auf dem Schützenplatz in Buke auf das Jahr 2025 verschoben und mit einem Sperrvermerk versehen wird. Mit dem aktuellen Stand des Bürgerbegehrens zum Nationalpark Egge steigt die Wahrscheinlichkeit, dass der Kreis Paderborn eine Bewerbung abgeben und ein Nationalpark eingerichtet wird. Wir können dann davon

## SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Altenbeken

ausgehen, dass für Maßnahmen, die dem Tourismus dienen, auch entsprechende Fördermittel bereitgestellt werden. Wenn die Bewerbung nicht eingereicht oder negativ beschieden würde, so ist die Investition für die Wohnmobilstellplätze für das darauffolgende Haushaltsjahr freizugeben. Eine völlige Streichung der Investition für Wohnmobilstellplätze, wie die CDU es beantragt, lehnen wir entschieden ab. Wir möchten hier noch in Erinnerung rufen, dass bereits Pachtzahlungen geleistet werden. Es liegt in der Natur der Sache, dass derzeit keine Wohnmobilstellplätze angefragt werden, wenn diese nicht vorhanden bzw. auf der Homepage zu finden sind. Daraus zu schlussfolgern, dass keine Wohnmobilstellplätze benötigt werden, ist schon eine steile These.

Da die Haushaltslage der Gemeinde in diesem Jahr wie auch in den Folgejahren nicht zum Besten gestellt ist, wird die SPD-Fraktion auf kostenrelevante Anträge verzichten. Lediglich die halbe Stelle für die Schulsozialarbeit sehen wir als zwingend notwendig an und möchten hier alle anderen Fraktionen dazu aufrufen, den SPD-Antrag zur Schulsozialarbeit und den damit vorgeschlagenen Einsparungen zu unterstützen.

Zum Schluss möchte ich noch Stellung zu einzelnen Anträgen der anderen Fraktionen nehmen:

### **1. Antrag CDU**

#### **Rahmenbedingungen des Viaduktfestes**

Wir begrüßen sehr, dass das Viaduktfest nicht gänzlich zur Diskussion gestellt wird. Das Viaduktfest hat als wichtiges Marketinginstrument unsere Gemeinde überregional bekannt gemacht, wie anhand von unzähligen Presseveröffentlichungen unschwer zu erkennen ist. Diese Veranstaltung, die das Alleinstellungsmerkmal unseres Ortes, nämlich den Viadukt und die Eisenbahn hervorhebt, sollte nicht kurzfristig verändert werden, zumal bereits im letzten Jahr grundlegende Veränderungen erfolgt sind. Sollte zukünftig ein Nationalpark in der Egge eingerichtet werden, so sind wir gerne gesprächsbereit, ob der Rhythmus angepasst werden kann, zumal es dann einen anderen Marketingschwerpunkt geben wird. Da das nächste Viaduktfest ohnehin erst im Jahr 2025 stattfinden wird, sehen wir aus finanzieller Sicht keine Notwendigkeit, jetzt aktiv zu werden. Deshalb sprechen wir uns derzeit gegen den CDU-Antrag aus, sind aber gesprächsoffen, wenn dieser Antrag zu einem späteren Zeitpunkt erneut vorgelegt wird.

### **2. Antrag B90/Die Grünen**

#### **Antrag auf Vergabe eines Klimaschutzpreises im Haushaltsjahr 2024**

Die SPD ist der Ansicht, dass die drängenden Probleme des Klimawandels und der Schutz der Umwelt von entscheidender Bedeutung sind. Allerdings können wir nicht erkennen, wie ein Klimaschutzpreis als entscheidender Faktor zur Bekämpfung der Probleme hilfreich ist. Das können wir dem Antrag nicht entnehmen, ebenso fehlt uns eine Aussage drüber, an welche Kriterien dieser Preis gekoppelt sein soll und wie das eigentliche Konzept dahinter aussieht. Die finanzielle Lage lässt keinen Spielraum für derartige unkonkrete Ausgaben, daher bitten wir um eine detaillierte Ausführung.

## SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Altenbeken

### 3. Antrag ABA/FDP

#### **Antrag auf Erstellung eines Konzepts für repräsentative Bürgerumfragen**

Diesem Antrag und seiner Begründung stimmen wir uneingeschränkt zu. Wir freuen uns, dass ABA/FDP einen Antrag, den die SPD bereits am 12.06.21 gestellt hat, nun aufgreift. Der SPD-Antrag lautete damals: *Konzeptplanung zur Implementierung einer digitalen Bürgerbeteiligungsplattform*

Seinerzeit wurde der Antrag durch CDU, B90/Die Grünen und der ABA/FDP abgelehnt. Begründung war, dass das angeblich aufkommende zusätzliche Arbeitsvolumen von der Verwaltung nicht zu schaffen sei. Außerdem wurde damals darauf hingewiesen, dass unsachliche Kommentare auf einer Online-Plattform ein zusätzliches Problem darstellen würde. Es ist in der Vergangenheit schon des Öfteren vorgekommen, dass SPD-Anträge erst abgelehnt werden, um sie dann ein paar Jahre später selbst erneut zu stellen. Umso mehr freuen wir uns, dass unsere Weitsicht nun auch endlich von einer anderen Fraktion anerkannt wird.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Möllers, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte nun zum Ende meiner Ausführungen kommen. Die SPD-Fraktion wird dem von Bürgermeister und Kämmerer eingebrachten Haushaltsentwurf 2024 nur zustimmen, wenn die von der SPD vorgeschlagene Streichung der Investition Übergangsheime für Asylbewerber, im Haushalt Berücksichtigung findet. Den Bürgerwillen aus 2017 (Bürgerentscheid) sehen wir auch heute noch bindend. Die Bevölkerung hat seinerzeit mehrheitlich die Finanzierung von Wohnraum durch die Gemeinde abgelehnt. Wenn die Errichtung von Übergangsheimen für Asylbewerber durch die Verwaltung für notwendig erachtet wird, wo von die SPD im Übrigen auch ausgeht, dann sind frühzeitig private Investoren oder Immobilien-Genossenschaften zu eruiieren, die die Finanzierung übernehmen. Natürlich ist die Einrichtung einer halben Stelle für die Schulsozialarbeit in den Haushalt vorzunehmen.

Die SPD-Fraktion bedankt sich für die Zusammenarbeit im letzten Jahr bei allen Beteiligten, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, beim Bürgermeister und bei allen Mitgliedern des Gemeinderates und seiner Ausschüsse.

Meine Haushaltsrede möchte ich mit dem letzten Satz der gemeinsamen Pressemitteilung gegen den rechten Extremismus schließen:

*„Wir werden uns weiterhin gemeinsam für eine Gemeinde einsetzen, in der jede Stimme gehört wird und in der Zusammenarbeit und Toleranz im Mittelpunkt stehen.“*

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ulrich Meyer

*Fraktionsvorsitzender der SPD im  
Rat der Gemeinde Altenbeken*